

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Franz Maget, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Franz Schindler, Helga Schmitt-Bussinger, Stefan Schuster, Rainer Volkmann, Florian Ritter, Susann Biedefeld** und **Fraktion SPD**

Drs. 15/10533, 15/11153

NPD-Verbot

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag über den Sachstand der Beratungen in der Innenministerkonferenz über ein eventuelles neues Verfahren zum Verbot der Nationaldemokratischen Partei zu berichten.

Dabei ist insbesondere auf folgende Fragen einzugehen:

1. Inwieweit ist der Freistaat Bayern der Anfrage des Bundesinnenministeriums nachgekommen, fundiertes Beweismaterial einzureichen, das zur bundesweiten Erkenntnissammlung für ein neues NPD-Verbot dienen soll?
2. Inwieweit unterstützt die Staatsregierung ein Verbotsverfahren, unter alleinigem Rückgriff auf öffentlich zugängliche Beweismittel (ohne V-Leute) oder hält die Staatsregierung Informationen von V-Leuten für weiter notwendig?
3. Welche Alternativen sieht die Staatsregierung zu einem NPD-Verbot?
4. Wie beabsichtigt die Staatsregierung gegen das massive Erstarken von rechtsextremen Parteien in Bayern vorzugehen?

Der Präsident

I.V.

Prof. Dr. Peter Paul Gantzer

II. Vizepräsident